Das neue Nachhaltigkeitsforum der UN und der Post-2015-Prozess

Positionen - Konfliktlinien – Erwartungen

Thesen zum Nachhaltigkeitsforum der UN

Claudia von Braunmühl

1. Der Bericht des High Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015-Development Agenda gibt sich als innovative Abkehr von *business-as-usual*, neigt aber doch deutlich den Interessen des *business* zu – *as usual*. Wie schon bei den MDG, fehlt eine Analyse von Zusammenhängen und Wechselwirkungen und eine polit-ökonomische Grammatik für soziale Gerechtigkeit und gutes Leben. Kein Blick zurück: was war denn *usual* und warum vermochte es Jahrzehnte alte Versprechen nicht einzulösen? In der marktnahen Partnerschaftsrhetorik und der empfindsamen Aufforderung an die entwickelten Länder, *to re-imagine their growth models* (5), sind Interessen, gar Herrschaft und Macht unsichtbar gemacht. (Die Mehrheit der Armen lebt in den middle income countries; was sagt das über Wachstumsdynamiken?) Für diesen entpolitisierenden Vorgang ist in den Sozialwissenschaften der Begirff *post-politics* geprägt worden.

2**.** Aus der Fülle der möglichen Themen zur Annäherung an die mir gestellten Fragen will ich zwei auswählen

- - die Integration von Sorgearbeit in ein Konzept von nachhaltigem Wirtschaften (A. Biesecker: das Ganze der Arbeit)
- - die Notwendigkeit politischen Gestaltungsraums (*policy space*) aus der Perspektive von landwirtschaftlicher Entwicklung und Ernährungssouveränität.

Das geschieht auf dem Hintergrund

- eines Begriffs vom Menschenrecht auf volle Entfaltung der Persönlicheit, der gesellschaftliche Verantwortungszusammenhänge in die Pflicht nimmt, wie ihn M. Nussbaum und A. Sen vertreten
- einer Anerkennung der Grenzen des Wachstums, die in ‚Umweltproblemen' Herrschaftsverhältnisse eingelagert sieht und mithin erkennt, dass ökologische Konflikte einen sozialen Gehalt und soziale Konflikte wichtige ökologische Dimensionen haben
- der Orientierung an einer an den Menschenrechten ausgerichteten Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die eine Kritik der imperialen Lebensweise (M. Wissen/U. Brand) und der von ihr verursachten *avoidable deprivations* (Th. Pogge) einschließt.

3**.** Kap. 4 des vorliegenden Berichts (Implementation, accountability and building consensus) fordert eine *data revolution*. Die ist in der Tat dringend nötig. Bis heute sind lebenserhaltende Prozesse aus gesamtwirtschaftlichen Berechnungen ausgegrenzt, insbesondere die sozial weibliche unbezahlte Sorgearbeit und die natürlichen ökologischen Prozesse. Einzig Erwerbsarbeit für den Markt gilt als produktiv und Wert schaffend. Die Verantwortungs- und Sorge-

leistungen, die, sozialen Normen entsprechend, zu einem großen Teil nicht-marktvermittelt von Frauen erbracht werden, sind

- in der Regel unbezahlt, d.h. am Markt nicht gezählt und ökonomisch nicht anerkannt
- wenn bezahlt, nicht zuletzt wegen der praktischen, funktionalen und moralischen Grenzen ihrer Produktivitäts- und Effizienzsteigerung systematisch abgewertet und gering entlohnt (Sorgeketten)

Unbezahlte Arbeit ist bis heute im internationalen System National Accounts (SNA) nicht berücksichtigt, nicht in Arbeitsstatistiken und übrigens auch nicht im MDG-Monitoring System. Das bedarf post-2015 dringend der Veränderung. Außermarktliche Arbeit muss als Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit anerkannt und in Daten sichtbar gemacht werden.

4**.** Ca 70 % der Armen leben auf dem Land. Ca 70 % der Ernährung der Weltbevölkerung werden in kleinbäuerlicher Selbst- und Nahversorgung geleistet. Davon entfällt ein zwischen 50 und 70% liegender Anteil auf die Arbeitskraft von Frauen. Im Kontext geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und verbunden mit Sorgearbeit sind mithin Frauen das Rückgrat von Nahrungsmittelproduktion und *Livelihood*. Die nachhaltige Sicherung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen ist somit wesentlich abhängig von Entscheidungsrechten, Kontrolle, Verfügungsmacht und Handlungsspielräumen von Frauen und von deren gesellschaftlichen Bedingungsrahmen (Bildung, Landrecht, Infrastruktur etc.), Diese Sicherung ist massiv bedroht durch Privatisierung, Landnahmen, industrielle Landwirtschaft, Rohstoffabbau und nicht zuletzt durch die jüngere konzerngesteuerte, als Bekämpfung des Hungers ausgegebene ‚Wiederentdeckung' der Landwirtschaft. Die unmittelbare Lebenssicherung der Masse der Menschen indes läuft nach wie vor nicht über globale Märkte, sondern geschieht in lokalen, geschlechtergeordneten Zusammenhängen.

5. Bedenkt man zudem, dass selbst bei intensiver Förderung in der Regel bestenfall 20% der Agrarbetriebe eines Landes in der Lage sind, Anschluss an Exportmärkte zu finden, so liegt der enge Zusammenhang von Ernährungssicherung und Ernährungssouveränität vollends auf der Hand. Auf die soziale (z.B. OECD/DAC 2001: Poverty-Environment-Gender Linkages) und ökologische (z. B. Weltagrarbericht 2008) Effizienz kleinbäuerlichen Produktionsweisen wird auch immer mal wieder hingewiesen. Politisch hat sich diese Einsicht bislang aber nicht durchsetzen können. Das führt unmittelbar zu der Diskussion um *policy space,* um die Notwendigkeit nationaler Gestaltungsräume, eine Diskussion, die von Entwicklungsländern und engagierten NGO seit der Doha Konferenz immer deutlicher geführt wird.

Policy space meint die Freiheit, auf dem Weg zu Armutsminderung und nachhaltiger Entwicklung eigene, demokratisch ermittelte, legimierte und kontrollierte Entwicklungsstrategien ausarbeiten und umsetzen zu können. Hier könnte bei politischem Willen eine inkrementalistische Transformation, die von jeweils gegebenen konkreten Bedarfslagen und Entwicklungserfordernissen ihren Ausgang nimmt und von längst diskutierten Sektorpolitiken (Spekulationsverbot mit Nahrungsmitteln, Reduktion von Fleisch- und Spritproduktion etc.) begleitet ist, einen ganz wesentlichen Beitrag leisten.

Die Pariser Erklärung von 2005 mit ihrer Betonung auf der Eigenverantwortung (*ownership*) der Partnerländer und den in der Erklärung unterstrichenen Anforderungen an good governance, Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht könnte hier eigentlich den geeigneten handlungspolitischen Rahmen abgeben. Dem allerdings stehen auf internationaler Ebene

vielfältige Wirkmächte entgegen: in internationalen und bilateralen Abkommen festgehaltene neoliberale Makropolitiken ebenso wie die Interessenverbundenheit der nationalen politischen Klassen mit ihnen.

6**.** Die inhaltliche Ausgestaltung des *policy space* kann nicht parteipolitisch organisierter parlamentarischer Repräsentation allein überlassen werden, auch nicht den üblichen entwicklungspolitischen Partizipationsprozessen (Stakeholder) in *invited spaces*. Er erfordert ein Neudenken des Designs und der Strukturierung demokratischer Institutionen mit Modi der Selbst-Repräsentation, wie er im von sozialen Bewegungen des Südens im Begriff der gleichberechtigen Bürgerschaft (*inclusive citizenship*) skizziert ist.

Gleichberechtigte Bürgerschaft ist ein multi-dimensionales Konzept, das Gleichheit garantierende Gesetze ebenso adressiert wie die Fähigkeit und Möglichkeit der Menschen, ihre anerkannten Rechte gegen Unterdrückungserfahrungen jeglicher Art erfolgreich in Anspruch zu nehmen. Es fordert Inklusivität, Transparenz, Rechenschaftslegung, und Deliberation, wobei zum Adressatekries der Forderung nach Rechenschaftslegung auch nicht-staatliche Markt-Akteure gehören, deren Politiken, Strategien und Verfahrensweisen von unmittelbarer Wirkung auf die Bedingungen der Lebensisicherung und –entfaltung der Menschen sind. Hier liegt denn auch der Ausgangspunkt für Verhandlungsprozesse, die in friedlichem Konfliktaustrag zur Formulierung von *Livelihood* sichernden Strategien führen können.

7. Es fällt mir nicht leicht, aus diesen Überlegungen institutionelle Phantasie zu gewinnen, zumal es nicht viel Anlass gibt, mit Zuversicht auf die Steuerungsfähigkeit oder auch nur den wirksamen Einfluss von thematischen UN-Sonder-Organisationen zu blicken.

Politik ist nicht zuletzt der Prozess, in dem gesellschaftliche Konflikte in artikulierte politische Positionen und Konfliktlinien transformiert werden. Aus emanzipatorischer Sicht muss es dabei gelingen, Hegemonie, d.h. der Fähigkeit der Herrschenden, ihre Projekte und Interessen der Gesellschaft plausibel zu machen (‚es gibt keine Alternative') und materiell durchzusetzen, zu delegitimieren und alternative Perspektiven aufzuzeigen.

Somit enthält mein institutioneller Vorschlag drei vergleichsweise bescheidene Komponenten:

- es sind tatsächlich erhebliche statistische Anstrengungen nötig, gesellschaftlichen Reichtum, Produktion und Reproduktion angemessen zu berechnen und neue Indikatoren für vergleichende Aussagen zu entwickeln. Hier gibt es viel wertvolle Vorarbeiten auf nationaler (z. B. dt. Wachstums-Enquete), europäischer (z.B. EU: Beyond GDP) und internationaler (OECD und UN: Berechnungen unbezahlter Arbeit). Eine gut ausgestattete Einheit sollte periodisch thematisch strukturierte Monitoringberichte und Bestandsaufnahmen vorlegen
- ein *Low Level* oder *People's Forum*, zusammengesetzt nach dem Major Group Prinzip, - ähnlich der von der Reflection Group vorgeschlagenen permanenten Konsultation – sollte den jeweiligen Befund analysieren und kommentieren. Das Forum sollte über die Möglichkeit verfügen, Arbeitsgruppen einzurichten, Forschungsaufträge zu erteilen bzw. spezifisch Erkundungsfragen an die statistische Einheit zu stellen
- ein Koordinierungsgremium, man kann es auch Rat nennen, soll von den bestehenden UN-Fach- und UN-nahen (WTO, IWF, WB etc.) Organisationen deren Resonanz zu den periodischen Berichten einholen, aufbereiten und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Mit anderen Worten, von dem instiutionellen Rahmen erwarte ich im Wesentlichen, dass er einen zentralen Dialograum abgibt, von dem handlungsrelevanter Legitimationsdruck ausgeht.

Berlin, September 2013